

**95. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister  
am 12. Juni 2024 in Berlin**

**TOP 2      Zukunft der Kohäsionspolitik**

Die Mitglieder der EMK fassen einstimmig folgenden Beschluss:

1. Anlässlich der Veröffentlichung des Abschlussberichts der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik, des 9. Kohäsionsberichts und auch des Berichts von Enrico Letta zur Zukunft des Binnenmarkts bekräftigen die Mitglieder der EMK die Schlüsselrolle und Bedeutung der Kohäsionspolitik für den Zusammenhalt der Europäischen Union auch nach 2027. Nur eine starke Kohäsionspolitik ist in der Lage, die enormen Herausforderungen und unterschiedlichen Auswirkungen der sozialen, digitalen sowie grünen Transformationsprozesse auf regionaler Ebene zu bewältigen.
2. Die Mitglieder der EMK bekräftigen, dass für eine harmonische Entwicklung der EU die Kohäsionspolitik in allen Regionen umgesetzt werden muss und sprechen sich mit Nachdruck dafür aus, dass sich die Kohäsionspolitik nicht nur auf die weniger entwickelten Regionen sowie Regionen in Entwicklungsfallen konzentrieren sollte. Auch in den Übergangsräumen und stärker entwickelten Regionen bedarf es angesichts der zunehmenden Herausforderungen weiterhin einer angemessenen Unterstützung durch eine vorausschauende Kohäsionspolitik. Diese Herausforderungen liegen insbesondere im Bereich der ökologischen und digitalen Transformation sowie der demografischen Entwicklung und dem daraus resultierenden Fachkräftemangel. Wenn diese Herausforderungen nicht im Sinne der übergeordneten europäischen Ziele erfolgreich angegangen werden, können hieraus EU-weite Folgeprobleme resultieren.
3. Die Mitglieder der EMK betonen, dass der regionale beziehungsweise ortsbezogene Ansatz, das Partnerschaftsprinzip, das Mehrebenensystem sowie die geteilte Mittelverwaltung Schlüsselemente der Kohäsionspolitik und Eckpfeiler des europäischen Gedankens sind. Eine öffentlich sichtbare Kohäsionspolitik kann dazu beitragen, die Vorteile der Europäischen Union für die Menschen vor Ort greifbar zu machen.
4. Überlegungen, EU-Förderinstrumente stärker auf die nationale oder die EU-Ebene zu verlagern, wird eine klare Absage erteilt. Diese widersprechen dem Kerngedanken der Kohäsionspolitik und konterkarieren deren Ziele. Die Programmierung und Verwaltung der Mittel muss weiterhin auf regionaler

**95. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister  
am 12. Juni 2024 in Berlin**

Ebene erfolgen, da auch die jeweiligen Bedarfe regional entstehen und ortsbezogen adressiert werden müssen. Die Mitglieder der EMK fordern die Bundesregierung und die Europäische Kommission daher auf, einer wie auch immer gearteten Zentralisierung der Kohäsionspolitik eine klare Absage zu erteilen.

5. Die Mitglieder der EMK werden die Gelegenheit nutzen, sich im Rahmen der geplanten Bund-Länder-Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik detaillierter zu positionieren.